

Preussische Zeitung

Der mächtige Zug.

Unter den Motoren, die und umwälzen werden sollen, für Ausland einzuwirken, wird in erster Stelle der mächtige Zug genannt, der über Europa geht und die Stimmungen der Völker lenkt. Leistung würde seiner Zeit ein solches Gelede ohne Weiteres als „Gandibaten-Profia“ bezeichnet haben. Offenbar handelte es sich nämlich in Preußen und Deutschland niemals darum, die Waffen für Ausland zu ergreifen, oder für die Weltmacht, — auf beiden Wegen hätten wir immer in weiterer Linie gestanden. Wir wollen die Waffen ergreifen gegen Jemand, welcher die vollkommene Freiheit unserer Entschlüsse beschränken zu wollen mag.

Im Jahre 1812 ging ebenfalls ein „mächtiger Zug“ durch Europa: sechs mal hunderttausend tüchtige Soldaten unter dem größten Feldherrn des Jahrhunderts. Was ist aus ihnen geworden? Der bei weitem größte Theil derselben liegt zwischen Moskauer und Kaukasus begraben. Und wie ist dieses entsetzliche Resultat entstanden? Vorzugsweise dadurch, daß Kaiser Alexander sich nicht beugte, als Bonaparte vom Kreml aus Decrete erließ.

Betrachten wir den gegenwärtigen Zug, welcher vorläufig bloß die Geister in Bewegung bringt, etwas genauer.

Am mächtigsten tritt das Kriegsgeschehn in England, bei der großen Frage wie allwärts ohne klar erklärten Grund, während die Ereignisse das Feuer führen, um bei so guter Gelegenheit das Alp eines schweren Sieges ledig zu werden. Gewiß wäre es ihnen überaus willkommen, auf den Rücken des Kosoporus u. i. w. die Fahne Russlands wehen zu sehen; aber die eigentliche Lebensfrage bildet im Hintergrunde die indische. Obwohl das Britische Königreich mit Humanität gesättigt und mit Tugend aufgeklärt ist, bildet den Grundgedanken doch das mercantile Interesse. In Frankreich bedarf Kaiser Louis Napoleon der glorie militäire, um seinem Oheim etwas ähnlicher zu werden. Natürlich stimmt die antike Welt mit Eifer ein, und wir glauben gern, daß hier ebenfalls, wenn wir vollkommen nicht eine Armee, deren Pulve bei jeder Kampfauslösung nicht freudiger schlägt. Aber das Volk (allgemein) die Maaßen der größeren Städte ausgenommen, summa wenn sie nicht mehr conscriptionssüchtig sind) nicht wohl dem ohne notwendigen Grund beschlossenen Kriege, seinen Opfern und Kosten mit bangem Mißtrauen entgegen. Vermuthliche Menschen werden das Ergebnis der sogenannten National-Subscription nicht dagegen anführen, — diese nicht ohne Gefahr eingeleitete Kollision.

Deutschland ist, wie bekannt, die eigentliche Heimat der Russenfrage, und wir geben zu, daß sich die überlegene Macht der vernünftigen Stimmungen in diesem Sinne ausdrückt. Dagegen wird geltend gemacht, diese Stimmen, gleich den Argumenten, nicht bloß zu zählen, sondern auch zu wägen, weshalb wir die Natur des überlachten Chors, wenigstens in Bezug auf Preußen, etwas näher untersuchen. Im Allgemeinen trägt er entschieden den Stempel des jähnen und platten Liberalismus, welcher trotz aller bitteren Erfahrungen des Jahres 1848 wiederum völlig empfindungslos. Unter den einzelnen Bundesstaaten begegnet man in erster Linie einer geringen Zahl vorwiegend geistlicher Mächte, die vorwiegend brennen, ihre Kraft lediglich auf die Erhaltung zum Heil des Vaterlandes in antike Abhängigkeit zu legen. Hinter ihnen steht der große Haufe „Gelehrter“, und schließlich alle diejenigen, welche sich selber so bezeichnen, weil Andere es nicht thun. Letzteren, deren Wahn schon bekannt worden, Industrielle von dem Gefühl völliger Unzufriedenheit getrieben, Mittelklasse in geistiger und geistlicher Hinsicht u. i. w. Alle machen jedoch gewöhnlich als möglich, vielleicht durch die dunklen Gewässer, daß die Quantität erregen muß, was etwa aus der Dualität mangelt. Dem eigentlichen Kern des Volkes ist die Kunde fremd geblieben. Könnte man Unruhe halten, so würde die Antwort vernünftiger lauten: wir wollen unsere Kinder weder für den französischen noch für den russischen Soldaten lassen, kommt aber Jemand ernstlich ins Land, so schlagen wir ihn todt, wie vor vierzig Jahren. Eine so ruhige Haltung kann natürlich dem Wohlstand des hochgebildeten Publicums der Gelehrten, Kaffee- und Weinbauern nicht entgegen; doch möchte sie in ihrem gefunden Menschenverstande immerhin Einiges für sich haben.

Werthvoller Weise glaubt jenes hochgebildete Publicum — dessen exemplarische Zahl mehr als die übrigen keinen Augenblick bezweifeln — zu schweigen, während es doch unverkennbar von unglücklichen Händen geschoben wird. Denn daß die consequenten Revolutionäre den Brand nach Osten führen, um für ihre Zwecke handelnd aufzutreten, sobald die allgemeine Kriegskanne gehrt, scheint lediglich dem platten Liberalismus unbekannt. Es ist ziemlich öffentlich bekannt, daß seit Monaten in den Ländern Polnischer Zuge eine politische Regsamkeit ohne Gleichen herrscht, aber so geistig und vorzüglich geleitet, daß schwerlich Beweismittel dafür beizubringen sein möchten. Weniger vertheilt sind die Umtriebe der Italiänischen Unruhe, und wer ihnen das schmeichelnde Verbrechen in Parma beimißt, befindet sich gewiß nicht im Irrthum.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allernachst geruht: Die Regierungs-Ämtern Springer, Reumann, Kulaw, Dumrat, Weiland, Sittmann, Steppuhn, Eduard von Krosigk, Karl Friedrich Wilhelm Braun, Lang, von Garow, Wernicke und Sittmann zu Regierungen-Räthen zu ernennen; so wie

Dem Kreisgericht-Secretär Müller zu Gellberg den Charakter als Kreisrath zu verleihen.

Charlottenburg, den 1. April.
Ihre Königl. Hoheit die verwitwete Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin ist nach Schwerin zurückgekehrt.

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
Der Handelsrath Heinrich Bernhard August Koch zu Wismar ist zum Königl. Handelsrath und zum Reichshandelsrath für den deutschen Reichstheile ernannt worden.

Justizministerium.
Der Rechts-Anwalt Clara zu Oerter ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Oerter, mit demselben seine Wohnsitz in Oerter, unter Vertheilung des Reichthums für das Departement des Appellationsgerichts zu Paderborn, versetzt worden.

Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten.
Nachdem der geistliche Rath der Provinzen mit dem

31. v. M. eingetreten ist, wird hierdurch bekannt gemacht, daß das Sommer-Semester mit dem 24. April d. J. beginnt.
Berlin, den 2. April 1854.

Der Rektor der Universität. Gade.

Academie der Künste.
Auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Königs wird von Sonntag, den 2. d. M., ab, in unserem Local eine Ausstellung neuer und älterer Königl. Gemälde zum Besten zweier hiesigen Vereine für Beschaffung von Kunstwerken veranstaltet.
Berlin, den 1. April 1854.

Professor Herbig, Vice-Director.

- Bekanntmachung.
- 1) Die Gemälde- und die Sculpturen-Galerie im vorerwähnten Museum hat an jedem Freitag und Sonntag, die Sammlungen der antiken Vasen, gezeichneten Zeichnungen und Zeichnungen im Antiquarium, ebenfalls an jedem Mittwoch, mit Ausnahme der Feiertage, dem Besuche des Publicums geöffnet, und zwar
in den 6 Sommer-Monaten von 10 bis 4 Uhr,
in den 6 Winter-Monaten von 10 bis 3 Uhr.
Ziemlich häufige Besuche ist an diesen Tagen der Eintritt in die gemauerten Abtheilungen ohne Weiteres gestattet. Nur unter 10 Jahren werden gar nicht, unterwachsen oder nicht in Begleitung älterer Personen zugelassen.
 - 2) Die Königl. Kunstkammer und die ethnographische Sammlung im Königl. Museum sind an jedem Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag
in den 6 Sommer-Monaten von 10 bis 4 Uhr,
in den 6 Winter-Monaten von 10 bis 3 Uhr
geöffnet. Der Besuch ist jedoch nur gegen Einlasskarten gestattet, welche auf vorangehende, beim Kassieren der Königl. Museen zu machende Besuche ebenfalls vertheilt werden.
 - 3) Der Histor. Museum, Berlin u. i. w. ist es durchaus unzulässig, bei der Ausstellung ihrer Dienstpflicht gegen ein Museum auszuweichen.
Berlin, den 1. April 1854.
General-Director der Königl. Museen.

Deutschland.

Berlin, 3. April. Wir kämpfen nicht einsam, wie das so gern unsere Feinde die Welt wollen glauben machen. Wir sehen mit Stolz im Deutschen Lande manchen treuen und edlen Bundesgenossen an unserer Seite kämpfen und zeigen, und mit besonderem Nachdruck und mit besonderem Stolz nennen wir unter denselben das Volksthum für Stadt und Land, bedingt von Philipp Reubius, ein Volk, dessen Geschichte ein Capitel der Geschichte der civilisirten Welt in Preußen ist. Wir geben aus diesem treuen Volksthum wieder folgende beherzigenswerthe Worte:

„Brüderlichkeit mit Frankreich — das heißt auch für Preußen innere Freiheit so viel als Hingabe an den demokratischen Liberalismus oder Absolutismus.“

Wende nach kämpfende Hände für die vom Lärmen umgebenen Christen — das heißt Anerkennung ewiger Wahrheit und ewigen Rechts, heißt Gottesfurcht, heißt Gerechtigkeit. Rückzug mit dem Tode, das heißt: Aufhebung der Kirche, Religionszwingerei und Indifferentismus, mag es sich auch in noch so schöne Worte kleiden; heißt: Antichristenthum und christlicher Subjectivismus und Liberalismus im Grunde.“

Die Frage, die heute die Gemüther bewegt, ist keine neue; sie ist eine alte Frage, die sich nur von Zeit zu Zeit erneuert. Es ist dieselbe Frage, die 1813 in banger Erwartung an der Schwelle unseres Königthums stand, bis der große Kampf begann und der König mächtig zum Siege griff. Es ist dieselbe Frage, die 1848 wieder aufstand — aber wir erinnern sich nicht, wie die Zeitungen von und nach dieser verhängnisvollen Nacht davon ebenso voll waren wie heute, die Guten ebenso entschieden nach Frontmarchen wider Frankreich verlangten, wie die Bösen nach Frontmarchen wider Rußland. Doch wie ist klügel genug, sich durch ein blediges Irrthum verändertes Wesen, etwa ein Paar auf den Krügen geübte Geister, oder durch die Thugäen zu lassen, daß von den Willkürherrschaften der Götterwelt heute der burschenschaftliche Despotismus die Schwärze an der Hand führt, damals die socialistische Revolution den Bruder? — Denken aber, denen der Wahnwahn ihr Herr und der Wahn ihr Gott ist, die Friede Friede rufen, wo kein Friede ist, denen sagt das Wort des Herrn: „Was sie scheuen, will ich über sie kommen lassen.“ Sie scheuen den furchtbaren Gemüthstreiben, und die Traue ihrer selbstbedachten Schindeln wird über ihren Nacken kommen.“

Se. Hoheit der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz ist gestern früh mit einem eigenhändigen Schreiben Sr. Majestät des Kaisers von Rußland an den Königl. Majestät aus Petersburg her eingetroffen. Höchstverliehen wurde von Sr. Majestät dem Könige am Nachmittag empfangen und zur Königl. Tafel gezogen. Um 6 Uhr hatte der Ministerpräsident Hr. v. Manteuffel Audienz bei Sr. Maj. dem Könige. (Der Herzog Georg ist bekanntlich verheiratet mit Ihrer K. H. der Großfürstin Katharina von Rußland.)

Am Sonnabend Abend trafen im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten der Minister-Präsident Hr. v. Manteuffel, der General der Cavallerie Graf v. Groeben, der General-Lieutenant v. Gerlach und der Kaiserl. Oesterreichische Feldzeugmeister Baron v. Hey in einer Konferenz zusammen. Zu dieser Konferenz wurde auch der Geh. Legationsrath Balan gezogen.

Der Herzoglich Anhalt-Bernburgische Staatsminister v. Schlegel ist von Bernburg, der Königl. Spanische Legations-Secretär bei der Gesandtschaft in Wien, Hauptmann Ritter Jacinto del Valle von Madrid und der Königl. Großbritannische Capitain und Cabinet-Courier Gaveland von London hier angekommen.

Der General-Major und Commandeur der 2. Cavallerie-Brigade v. Willisen ist nach Magdeburg, der General-Major und Commandeur der 9. Infanterie-Brigade v. Bequingolles nach Frankfurt a. d. O. und der Königl. Sächsischen Kammerherr v. Wagners nach Leipzig von hier abgereist.

Mittels Cabinet-Ordre vom 13. März d. J. hat der Königl. Majestät eine Summe von 2000 Thlrn. bewilligt, um daraus den kleinen Leuten in der Gasse (Provinz Westphalen) den Ankauf von Käsen durch jährl. in wässigen Raten zu erhaltende Vortheile zu erleichtern.

Am 15. April tritt, wie alljährlich, das Lehr-Infanterie-Bataillon in Potsdam wieder zusammen. Dasselbe besteht bekanntlich aus Unteroffizieren und Mannschaften der sämtlichen Infanterie-Regimenter. Das Commando ist ein halbjähriges und dauert bis zum 1. October.

Das Gesetz, betreffend die Einführung der Klaffensteuer an Stelle der Wahl- und Schatzsteuer in den Städten, Gemeinden, Kämpfen, Gassen und Kirchhöfen hat am 13. März die Sanction Sr. Maj.

des Königs erhalten. — Das Gesetz, betreffend einige Abänderungen der Vorschriften über das Civil-Processverfahren und die Creation in Civilsachen, datirt vom 20. März 1854.

Mittels Circular-Verfalls des Königl. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 28. März d. J. sind sämtliche Königl. Regierungen und das hiesige Königl. Polizei-Präsidium darauf aufmerksam gemacht, daß, nachdem nunmehr eine nicht unerhebliche Anzahl von Unternehmern der Beförderung von Aufwärtzern, nach Erfüllung der durch das Gesetz vom 7. Mai und das Reglement vom 6. September v. J. vorgeschriebenen Bedingungen, die Concession zum Geschäftsbetrieb und zur Beförderung von Aufwärtzern innerhalb der Preussischen Staaten erhalten hat, es die Aufgabe der Provinzial-Regierungen und der ihnen untergeordneten Organe sei, mit Nachdruck dem Verkehr solcher Personen entgegen zu treten, welche entweder die vorgeschriebenen Concessionen nicht erhalten haben, oder welche, ohne Rücksicht auf die in der Concession enthaltenen Beschränkungen, nach anderen als nach den in der Concession bezeichneten Ländern, oder über andere als über die darin bezeichneten Einfuhrschiffe, und Zwischenstationen, Aufwärtzern befördern. Es ist hierbei besonders auf die über Liverpool, über Niederländische oder über französische Schiffe gerichtete Aufwärtzerei zu achten. Die Provinzial-Regierungen sind zugleich verpflichtet, die Polizei-Verordnungen ihres Bezirkes mit entsprechender Anweisung zu versehen. (Vr. C.)

Eine am 28. März ergangene Circular-Befürsichtigung des Handelsministeriums betrifft die Beschlußnahme über Einleitung oder Fortsetzung eines Disciplinar-Verfahrens auf Freisprechung erkannt ist. Es wird darin bestimmt, die Frage wegen Einleitung eines Disciplinar-Verfahrens nach erfolgter richtiger Freisprechung in jedem einzelnen Falle der sorgfältigsten Erwägung zu unterwerfen, um zu verhindern, daß Beamte, gegen deren Widerrechtlichkeit in amtliche Thätigkeit gerichtete Verordnungen, nicht lediglich in Folge der Verwundung des gerichtlichen Verfahrens nach Vorbericht der §§ 49 ff. l. e. den Verurtheilungen der Subventionen eingehen.“

Der Ausschuss der Evangelischen Kirchen-Synode hat von den verstorbenen Mitgliedern der Deutschen Land-Synode zustimmende Schreiben erhalten, die sich namentlich auf den Beschluß des Kirchentages über die Augsb. Confession beziehen. Der Ausschuss hat dem Kirchentag die Beschlüsse des Kirchentages mitgetheilt, welche sich namentlich auf die Augsb. Confession beziehen. Der Ausschuss hat dem Kirchentag die Beschlüsse des Kirchentages mitgetheilt, welche sich namentlich auf die Augsb. Confession beziehen.

[Erste Kammer.] In der heutigen (Montag) Sitzung der Kammer, auf der am Sonnabend die Sitzung für die Osterferien zu schließen und am 24. wieder zu eröffnen beabsichtigt, indem er hoffte, daß abends binnen acht Tagen die noch auf den Wunsch der Regierung zu erledigenden dringenden Vorlagen erledigt werden könnten. Der Herr-Entwurf, betreffend die Verbesserung des Unterpfandwesens in den hohenzollernschen Ländern, wird nach der Fassung der zweiten Kammer; der Antrag der Abg. v. Pöhl und v. Below, betreffend die Umwandlung Altkommunalschulden in Hypothekendarlehen, wird mit der von der Commission vorgeschlagenen Fassung als Gesetz-Entwurf angenommen. Ueber die Anträge, betreffend die Gesetzgebung für Armenwesen und Vertheilung, wird beim Schluß unserer Blätter noch berichtet.

[Zweite Kammer.] Die Commission für Verfassung Angelegenheiten hat die Beratungen über den Gesetz-Entwurf wegen Declaration der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 hinsichtlich der Rechte der früher reichsunmittelbaren Fürsten und Grafen beendet. Sie empfiehlt überall den einfachen Beitritt zu dem Beschluß der ersten Kammer.

Ueber den Antrag des Abg. Grafen Gieseler und Genossen, betreffend die Lage und Verwaltung der Schul-Angelegenheiten in der Provinz Posen, hat die betreffende Commission Uebereinstimmung mit der zweiten Kammer ausgesprochen.

Die Beratungen des Staats in der zweiten Kammer sind noch die Positionen zweier Ministerien im Rückstand: des Cultus-Ministeriums und des Ministeriums des Innern. Beide Beratungen dürfen noch zu ausführlichen Debatten Veranlassung geben, wie namentlich bei dem Ministerium des Innern tief eingehend sein werden, weil dort bekanntlich eine Vertheilung der Arbeitskräfte vorliegt. — Außerdem vernehmen nach soll am Schluß der Kammer die jetzt schon nicht unerhebliche Zahl der Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern noch durch Heranziehung eines Landraths vermehrt werden.

Stralsund, 1. April. [Widerlegung.] Das durch die Stralunder Zeitungen verbreitete Gerücht, auf der Höhe von Bickow auf Büden habe sich ein Engländer mit einem russischen Soldaten getödtet, ist gänzlich unbegründet und wahrscheinlich durch ein Versehen entstanden, daß vom 9. bis 17. d. M. ein Stralsunder Kaufmann auf der Höhe von Bickow ankam, um die Ladung seiner Leichterfähre einzunehmen.

Königsberg, 31. März. [Graf Dohna's Abschied.] Dem von hier scheidenden Feldmarschall Grafen v. Dohna zu Ehren fand heute Abend 8 Uhr ein großer Bankett statt, ausgedrückt von sämtlichen Militär-Corps der Garnison und den Spielmannen der beiden hiesigen Infanterie-Regimenter, vor seiner Wohnung auf dem Hofgarten Platz. Nachdem das Officier-Corps mit sämtlichen hiesigen Regimenten an der Spitze und Deputationen der verschiedenen Truppentheile der Garnison im Halbfreis vor dem Commandantengebäude sich aufgestellt und die Militär-Corps sich eingefunden hatten, brachte General-Lieutenant v. Winning ein dreimaliges Hoch auf den Scheidenden aus, in welches die Musik ebenfalls und ebenso alle anwesenden Militärs und das allgemeine jubelnde Publicum, welches wohl auf 10,000 Köpfe zu schätzen war.

Es wurden dann der Marsch nach der Melodie des Preussischen Liedes, der Vorfröhen Marsch (ein Lieblingsmarsch Sr. Majestät) und mehrere andere Märsche je von einem Militär-Corps gespielt, worauf General-Lieutenant v. Winning ein noch maliges dreimaliges Hoch auf den Scheidenden ausbrachte, das einen

ebenso allgemeinen als begeisterten Wiederhall wie das erste fand. Feldmarschall Graf v. Dohna trat darauf zu den Offizieren, dankte in herzlichsten Worten für die Ehrenbezeugung und nahm von allen anwesenden Militärs Abschied. (So meldet die Ostpr. Ztg. Graf Dohna ist am 1. April von Königsberg abgereist und bereist in Berlin eingetroffen.)

Tilsit, 29. März. [Proviand-Auflauf.] Das „Echo“ an der Memel meldet: Dem Vernehmen nach sollen in dieser Gegend bedeutende Ankauf von Waaren gemacht sein, welche zur Verproviantirung der in die Ostsee eingelaufenen Englischen Flotte bestimmt sind; so viel ist gewiß, daß die Preise des Waarens eine enorme Höhe erreicht haben, denn einige Brennstoffe haben dafür einen durchschnittlichen Preis von 100 Thln. pro Stöck erhalten.

N. Breslau, 1. April. [Zur Auflösung des Convents.] Es würde an gewissen Stellen des Vertriebs bemerkt werden, wenn die politischen Wirren noch mit einer Dofa confessionellen Hades in Preußen verlegt wären. Der wenigen Tagen ist hier — (wobei schon nach der „Neuen Ostpr. Zeitung“) eine Nachricht gegeben ist, die hier zugleich berichtet wird) — auf bischöflichen Befehl das Convent der Theologie Studenten plötzlich geschlossen worden, eine Maßregel, die von der Zeitungspresse als Folge einer Collision zwischen der katholischen Kirche und dem geistlichen Ministerium, auf Anlaß der von letzterem neuerlich erlassenen Verordnung, wonach die Vertheilung von Beneficien an vorbestimmte Facultäts-Befugnisse geordnet werden soll, vorgeführt wird. Ein Zusammenhang ist zwischen diesen Momenten allerdings vorhanden, nur ganz anders, als der angegebene. Das theologische Convent, das auf der Vertheilung des vertriebenen Beneficien nach dem Vertheilung des Beneficien, ist eine rein kirchliche Angelegenheit, deren Vortheile schon immer von Prälaten abhängig waren, die vor einer vom Bischof aus den Mitgliedern der theologischen Facultät erwählten Commission bestanden wurden. Nach der erwähnten allgemeinen Ministerial-Verordnung entstand nun die Frage, ob oder unter welchen Modifikationen der Facultäts-Befugnisse die herkömmlichen Conventprüfungen von nun an der neu zusammengetretenen Facultäts-Commission unterworfen werden. Während der hiesigen zwischen dem Bischof und der Facultät gepflogenen Verhandlung liegen sich die Studierenden durch die Furcht, schließlich sich einer zwischen Prüfung unterworfen zu sehen, zu einer protestirenden Petition bestimmen, welche mit 101 Unterschriften versehen, dem Bischof überreicht wurde. Auch bei einem Kirchensynoden von weniger raschem Entschluß würde die Wirkung kaum eine andere gewesen sein, als daß das Convent ohne Weiteres geschlossen wurde. Inzwischen hatten Einzelne der Beneficianten — leider zu spät — diesem oder jenem ihrer akademischen Lehrer von ihrem Schritte Mitteilung gemacht und sich von der großen Ueberzeugung, die denselben zum Grunde liegt, überzeugen lassen; die Erklärung ihrer Neuen fand genaugen Vertheilung, es wurde der ganze Convent vor den Facultäts-Befugnisse gewiesen und empfing von denselben nach strenger Vernehmung und nach dem Vertheilung des Beneficien die Zustimmung der Zustimmung der Zustimmung.

[Zweite Kammer.] Die Commission für Verfassung Angelegenheiten hat die Beratungen über den Gesetz-Entwurf wegen Declaration der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 hinsichtlich der Rechte der früher reichsunmittelbaren Fürsten und Grafen beendet. Sie empfiehlt überall den einfachen Beitritt zu dem Beschluß der ersten Kammer.

Ueber den Antrag des Abg. Grafen Gieseler und Genossen, betreffend die Lage und Verwaltung der Schul-Angelegenheiten in der Provinz Posen, hat die betreffende Commission Uebereinstimmung mit der zweiten Kammer ausgesprochen.

Die Beratungen des Staats in der zweiten Kammer sind noch die Positionen zweier Ministerien im Rückstand: des Cultus-Ministeriums und des Ministeriums des Innern. Beide Beratungen dürfen noch zu ausführlichen Debatten Veranlassung geben, wie namentlich bei dem Ministerium des Innern tief eingehend sein werden, weil dort bekanntlich eine Vertheilung der Arbeitskräfte vorliegt. — Außerdem vernehmen nach soll am Schluß der Kammer die jetzt schon nicht unerhebliche Zahl der Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern noch durch Heranziehung eines Landraths vermehrt werden.

Stralsund, 1. April. [Widerlegung.] Das durch die Stralunder Zeitungen verbreitete Gerücht, auf der Höhe von Bickow auf Büden habe sich ein Engländer mit einem russischen Soldaten getödtet, ist gänzlich unbegründet und wahrscheinlich durch ein Versehen entstanden, daß vom 9. bis 17. d. M. ein Stralsunder Kaufmann auf der Höhe von Bickow ankam, um die Ladung seiner Leichterfähre einzunehmen.

Königsberg, 31. März. [Graf Dohna's Abschied.] Dem von hier scheidenden Feldmarschall Grafen v. Dohna zu Ehren fand heute Abend 8 Uhr ein großer Bankett statt, ausgedrückt von sämtlichen Militär-Corps der Garnison und den Spielmannen der beiden hiesigen Infanterie-Regimenter, vor seiner Wohnung auf dem Hofgarten Platz. Nachdem das Officier-Corps mit sämtlichen hiesigen Regimenten an der Spitze und Deputationen der verschiedenen Truppentheile der Garnison im Halbfreis vor dem Commandantengebäude sich aufgestellt und die Militär-Corps sich eingefunden hatten, brachte General-Lieutenant v. Winning ein dreimaliges Hoch auf den Scheidenden aus, in welches die Musik ebenfalls und ebenso alle anwesenden Militärs und das allgemeine jubelnde Publicum, welches wohl auf 10,000 Köpfe zu schätzen war.

Es wurden dann der Marsch nach der Melodie des Preussischen Liedes, der Vorfröhen Marsch (ein Lieblingsmarsch Sr. Majestät) und mehrere andere Märsche je von einem Militär-Corps gespielt, worauf General-Lieutenant v. Winning ein noch maliges dreimaliges Hoch auf den Scheidenden ausbrachte, das einen

dem Princip der Vertheilung des Grundbesitzes und kann demnach als der Schlußstein der Gesamt-Organisation über die Vertheilung betrachtet werden. Wie Sie bereits gesehen, hat man sich unter den jetzigen „Geldmarkt-Verhältnissen“ zu einer Finanz-Operation genöthigt gesehen. Es fehlt nämlich an Waarengeld, an Einzahlungen, obwohl das Gismuth-Münzen schon über 6 Monate eröffnet ist. Indem man nun Provisionen von 2 1/2 pCt. bei dem 4 1/2 pCt. Anleihen zahlte und den Besitzer von 3 1/2 pCt. Obligationen erlaubte, bei 100 Rl. Baar-Erlag 200 Rl. Obligationen von 3 1/2 auf 4 pCt. atrocitäten zu dürfen, hofft man mehr Leben in den bisherigen flauen Gang des Anleihen-Geschäfts zu bringen. Der Minister-Präsident v. Bismarck hat sich in letzter Zeit so schnell von den Folgen seiner Krankheit erholt, daß er nächster Tage zur weiteren Erhaltung eines dermaßenlichen Urlaub antreten wird. Der Cultus-Minister v. Bismarck hat sein Portefeuille noch nicht übernommen.

Am 28. März hat hier der Abtheiler der 2. Gesandten, der Kammerherr und Ober-Secretär-Kammer Karl Theodor Graf v. Prich; er erreichte das seltsame Alter von 89 Jahren.

Stuttgart, 31. März. [Ein Proceß wegen Unterstellung.] Die Unterstellung gegen zwei höhere Beamte, die Gebrüder G., von der ich Ihnen schon vor längerer Zeit kurz berichtete, ist nun so weit vorgegeschritten, daß sie vor das gegenwärtig beim Gerichtshof in Göttingen stattfindende Obergericht gebracht werden konnten. Aus der gestern vorgelesenen Anklage-Acte der Staatsanwaltschaft entnehmen wir, daß der Ober-Schatzmeister der Staatskasse, angeklagt ist auf die Vertheilung und das Umlernen von Staatsgeldern auf seine Rechnung, sein Bruder, der Kammerath G., der Beihilfe hierzu. Der Kassenist der Ober-Schatzmeisterkassette befindet sich seit längerem Jahren und wurde von dem Ober-Schatzmeister G. trotz der jeden Monat stattfindenden Sturzes (Revision) der Kasse dadurch verdeckt, daß er immer vor dem Sturz bei dem Bankier B. eine entsprechende Summe auf wenige Tage entlehnte und sodann nach dem Sturz wieder heimkehrte. Um die Sache nicht für den Bankier zu ausgenutzt zu machen, entlehnte auch je und je sein Bruder der Kammerath G. das erforderliche Geld. So dann tritt Ober-Schatzmeister G. während mehrerer Jahre in der Zwischenzeit in einem Kassensystem zum anderen den gerade verfügbaren Kassenvortrag der Ober-Schatzmeisterkassette für seine Rechnung um durch Ausleihen an Bankiers und Geldmänner zu entsprechenden Anleihen, die er für sich bezieht. Dies der Thatbestand des Falles in Kürze. In der Voruntersuchung verurtheilten sich die beiden Angeklagten in allerlei Widersprüche, so daß der Staats-Anwalt seinen Anstand nahm, die Anklage auf das oben angegebene Verbrechen zu stellen. Die Vertheilung der beiden Angeklagten werden einen harten Stand haben, und man glaubte bereits, die letzteren würden auf Vertheilung vor den Obergerichten verurtheilt und sich dem Urtheil des Oberg. ohne Widerspruch unterwerfen. Zuweilen jedoch wird nicht, und die Verhandlung wird heute und in den folgenden Tagen vor sich gehen, über deren Resultat ich Ihnen am Ende derselben Bericht geben werde.

Karlsruhe, 1. April. [Zum katholischen Kirchenrecht.] Die Bestimmungen der Regierung gegen den Bischof haben in jüngster Zeit eine Veränderung erfahren, die die Aussicht auf eine Beilegung des unglücklichen Konfliktes um Vieles näher rückt. Der offizielle Karlsruher Correspondent der Königl. Zeitung schreibt jetzt sogar ganz offen Folgendes: „Da die Vertheilung vom 7. November, betreffend die Uebernahme der Bischofs-Geschäfte, ohne Organelung von Seiten des Bischofs juristisch ungenügend wurde, so erklärt man sich die Sache so, daß damit für die zu erfüllenden Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhl der kirchliche Beweis eines berechtigten Ungegenkommens geliefert werden sollte. Ueber den Werth und die Wirksamkeit jener Vertheilung war man schon längst im Reinen; mit gewöhnlichen Polizeivertheilungen läßt sich gegen eine tiefgehende geistliche Bewegung nichts ausrichten.“ — Diese Sprache ist deutlich, und der Geist, von dem sie Zeugnis ablegt, hat auch auf die weiteren Acte der Regierung eingewirkt. Das neueste Regierungsblatt (vom 31. März) enthält nämlich die unmittelbare Allerhöchste Befürsichtigung vom 3. d. M., wodurch das provisorische Gesetz vom 24. Juli 1852, die vollständige Strafbarkeit der Vertheilung betreffend, außer Wirksamkeit gesetzt wird. Die Aufhebung dieser nach der Vertheilung des Reichthums gegen etwaige freisprechende Urtheile erlassenen Verordnungen verleiht der Aufhebung der Verordnung vom 7. Nov. v. J. erst ihre eigentliche Bedeutung, indem damit der Willkür, welche bisher einzelne Unterbeamte gegen die katholische Geistlichkeit ausübten, ein Ziel gesetzt ist. Damit hat denn allerdings die Bischofs-Regierung geleistet, daß es ihr Werk ist, einen Schritt zu Ende zu führen, der ihr wie der Kirche gefällig werden muß. Die Unterhandlungen mit Rom dürfen daher gegenwärtig in Ruhe kommen, und es läßt sich der Ueberzeugung, daß „Schieds-Verfahren“ bestimmen, in der der beist: Das Ergebnis der Sendung des Grafen v. Reiningen wird in Folge der von anderer (Preussischer) Seite vorgegangenen einflussreichen Vermählungen ein entsprechendes sein. Auch glaubt man, daß sich die Oberg. Staats-Regierung auf diese Unterhandlung nicht würde eingelassen haben, wenn sie nicht ein befriedigendes Resultat in Aussicht hätte.“

Wiesbaden, 30. März. [Landtag.] Der Staatsminister Rast von Wittenberg hat heute den 1854er Landtag im Namen des Herzogs für eröffnet erklärt, die betreffenden Budgets vorgelegt und eine Verringerung der Steuern in Aussicht gestellt. (Frankf. Z.)

Wien, 31. März. [Preussische Militärs.] Gestern Abend brachte die Oesterreichische Garnison den Stadtbesatzern des seit 19 Jahren hier lebenden Preussischen 38. Infanterie-Regiments eine Badeschlacht; heute Morgen 6 Uhr marschirte das Regiment unter Vorantritt der höchsten Befehlshaber und der Oesterreichischen Regimentsmusik über die Rheinbrücke seiner neuen Garnison Frankfurt zu. Schon einmal haben wir dieses Regiment über die Rheinbrücke marschiren: in den Tagen des Frankfurter Parlements, im September 1848, wo dasselbe aus seiner Disziplin vor den Barrikaden einbüßte. Das 7. Preussische Jäger-Bataillon, gleichfalls zur Frankfurter Garnison bestimmt, schloß sich dem Marsch des Regiments an. Gegen 3 Uhr Nachmittags wird das 24. Regiment zum Münsterthor hier einrücken. (Wf. Z.)

Köln, 30. März. [Kaufanfall auf einen Weiblichen.] Vorgehen ereignete sich bei ein befallender Vorfall. Ein katholischer Weiblicher aus einer Nachbarschaft wurde, während er gegen 9 Uhr Abends einen wenig erleuchteten Thall unter einer Brücke befand, plötzlich von mehreren Personen bedrängt und überfallen, furchbar gemißhandelt, seines Geldes beraubt und zuletzt in einen Brunnen geworfen, der jedoch glücklicherweise nicht so viel Wasser enthielt, daß er hätte ertrinken müssen. Erst im Brunnen war es ihm möglich, nach Hilfe zu schreien, die ihm auch bereitwillig und auf's Schnellste zu Hülfe wurde. Die Verbrechen, welche sofort gefänglich eingeworfen wurden, sind katholischer Confession, die Thäter jenseits katholischen Weiblichen. (Schles. Zg.)

v. V. Erfurt, 1. April. [Militärische Denkmale.] In diesen beiden letzten Tagen ist die hiesige Garnison durch die von mehreren Seiten eintreffenden Aktenstücke in lebhafter Bewegung gewesen. Gestern kamen zahlreiche Transporthen aus sämtlichen Regiments-Regimenten an und wurden an die Bataillone des 31. und 32. Infanterie-Regiments vertheilt. Heute Vormittag folgten die für das 4. Artillerie-Regiment bestimmten Mannschaften aus Stendal und Salzwedel. So sind auch die aus Pommern, Posen und Preußen zu den Reserve-Regimentern am Rhein gehenden Mannschaften diesen Mittag hier angelangt und scheinen hier einquartirt zu werden. — Aus hiesiger Quelle vernehmen man, daß Seine Majestät der König dem verstorbenen General v. Wadowitz an seinem Grabe auf dem hiesigen Kirchhofe ein Denkmal wird errichten lassen, zu welchem die Zeichnung bereits in den Händen des damit beauftragten Baumeisters ist.

Köln, 31. März. [Gegen die Steuer-Erhöhung.] In seiner gestrigen Sitzung beschloß und befohl der hiesige Gemeinderath eine Adresse an beide Kammern, worin um Abhinderung der Steuers der Regierung beabsichtigten Erhöhung der Schatz- und Wahlsteuer, sowie der Klassen- und Einkommensteuer um fünfzigprozentig Prozent wegen der hier bereits bestehenden mehrfachen Ueberbürdung dringend gebeten wird. (K. Z.)

Köln, 30. März. [Gefahren fuhrn mit den Dampfbooten über 1000 Auswanderer jeglichen Geschlechts und Alters, welche vom Oberrhein kamen, hier vorbei.] (Kobl. Z.)

München, 1. April. [Zur Stimmung.] Wahlgeseh. Finanzminister. Personalien.] Die Nachrichten über einen bevorstehenden Neutralitäts-Vertrag zwischen Preußen und Oesterreich haben hier den besten Eindruck gemacht. In neuester Zeit verläutet auch bestimmt, daß sich die Deutschen Mittelstaaten bereits dahin geeinigt haben, ihre Stimmen beim Bund zu Gunsten eines Neutralitäts-Principals abzugeben. Man erblickt hier in dem Ansehensverlusten der beiden Deutschen Großstaaten und des übrigen Deutschlands eine hinlängliche Garantie zur Abwendung jeglicher Gefahr. — Der Landtag wird Ende dieses Monats einberufen, und wird demselben ein neues Wahlgeseh zur Vertheilung vorgelegt werden. Dasselbe schließt sich den Gesetzen über die Pflichten und Landbesitz an, basirt wie diese auf

